

Die kompetenzorientierte Reife- und Diplomprüfung

**Handreichung zur Erstellung kompetenzorientierter
Fragestellungen aus Politischer Bildung und Recht
gemäß SV-LP 2014/15**

Prüfungsgebiet

Politische Bildung und Recht

Richtlinien und Beispiele für Themenbereiche und Prüfungsaufgaben

zusammengestellt von

Bundes-ARGE Geschichte, Politische Bildung und Recht an HUM

1. Einleitung

Diese Handreichung soll Fachkolleginnen und Fachkollegen als Hilfestellung und Leitfaden zur Erstellung kompetenzorientierter Aufgabenstellungen dienen. Das vorliegende Papier weist hierfür den Charakter einer Empfehlung auf und ist aufgrund der Schulautonomie nicht rechtsverbindlich. Selbstverständlich fußt die kompetenzorientierte Reife- und Diplomprüfung auf ebensolchem Unterricht sowie auf dem aktuellen Lehrplan, weshalb wir davon ausgehen, dass Sie mit dem Kompetenzmodell bereits vertraut sind¹.

Sie finden in diesem Papier einerseits einen Vorschlag für einen Themenpool sowie eine für die Erstellung von Aufgabenstellungen unerlässliche Erläuterung zum Operatorensystem und andererseits die Eckpunkte einer kompetenzorientierten Aufgabenstellung. Abschließend werden Beispiele einer möglichen Umsetzung angeführt.

Rechtliche Grundlage – Auszug aus der Reifeprüfungsverordnung RDP

§ 22. (1) Im Rahmen der mündlichen Teilprüfung ist jeder Prüfungskandidatin und jedem Prüfungskandidaten im gewählten Themenbereich eine kompetenzorientierte, von einer Problemstellung ausgehende Aufgabenstellung, welche in voneinander unabhängige Aufgaben mit Anforderungen in den Bereichen der Reproduktions- und Transferleistungen sowie der Reflexion und Problemlösung gegliedert sein kann, schriftlich vorzulegen. Gleichzeitig mit der Aufgabenstellung ist erforderlichenfalls begleitendes Material beizustellen und sind die allenfalls zur Bearbeitung der Aufgaben erforderlichen Hilfsmittel vorzulegen.²

2. Themenbereiche - Aufgabenstellungen

Der Themenpool (= Summe der Themenbereiche) wird autonom vom gesamten FachlehrerInnenkollegium der Schule erstellt. Die Anzahl der Themenbereiche soll mindestens 6 und nicht mehr als 20 umfassen. Die Mindestanzahl von Aufgabenstellungen pro Themenbereich entspricht jenem Halbtage mit den meisten KandidatInnen. (Zum Beispiel: 7 Themenbereiche und 3 KandidatInnen = 21 Aufgabenstellungen, 8 Themenbereiche und 5 KandidatInnen = 40 Aufgabenstellungen, usf.).

Die in Folge gelisteten Themenbereiche stellen eine unverbindliche Empfehlung der Bundes-ARGE dar. Die numerische Reihung soll weder als Gewichtung noch als Ausdruck einer Präferenz verstanden werden. Ebenso dürfen die als Unterpunkte formulierten Themenbereiche als Vorschläge zur Ausformulierung von konkreten, kompetenzorientierten Aufgabenstellungen verstanden werden.

¹Die Bundes-ARGE verweist in diesem Zusammenhang auf das fünfstufige Kompetenzmodell nach Bloom. Benjamin S. Bloom: *Taxonomy of Educational Objectives, Handbook I: The Cognitive Domain*. David McKay Co Inc., New York 1956. Darüber hinausgehend orientiert sich die Bundes-ARGE an den Bildungsstandard des bmukk/bmbf.

² BGBl. Vom 30. Mai 2012, veröffentlichte 177. Verordnung, Prüfungsordnung BHS

2.1 Themenbereiche Politische Bildung und Recht

1. Grund-, Freiheits-, und Menschenrechte

- Nationale und internationale Rechtsquellen
- Asyl- und Fremdenrecht
- Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts, EuGH, Internationaler Strafgerichtshof Den Haag

2. Personenrecht, Familienrecht, Erbrecht

- Rechtsfähigkeit, Handlungsfähigkeit, Obsorge
- Eherecht, Auflösung der Ehe, Aufteilung und Unterhalt
- Rechte und Pflichten zwischen Eltern und Kindern, Adoption und Pflegeeltern
- Erbverfahren

3. Sachenrecht, Mietrecht, Schuldrecht

- Innehabung, Besitz, Besitzstörungen, Eigentum
- Grundbuch, Pfandrecht
- Rechte und Pflichten aus dem Mietvertrag/Pachtvertrag

4. Recht im Internet, Konsumentenschutz, Schadensersatz

- Online-Shopping
- Datenschutz im Internet
- Rechte und Pflichten aus dem Kaufvertrag, Vertragsstörungen, Garantie und Gewährleistung

5. Zivilgerichtsverfahren, Exekutionsrecht, Insolvenzrecht

- Grundsätze und Ablauf eines Verfahrens – Streitiges bzw. außerstreitiges Verfahren
- Instanzenzug, Rechtsmittelverfahren
- Ablauf des Exekutionsverfahrens
- Insolvenzverfahren, Konkurs- oder Sanierungsverfahren
- Schuldenregulierungsverfahren („Privatkonkurs“)

6. Strafrecht und Strafprozessrecht

- Formelles Strafrecht
- Materielles Strafrecht

- Nebengesetze wie z.B. SMG

7. Arbeits- und Sozialrecht

- Individuales versus kollektives Arbeitsrecht
- Sozialrecht, allgemeine Anspruchsvoraussetzungen auf Bundes- und Landesebene
- Sozialpartnerschaft

8. Grundlagen des modernen Staates

- Grundlagen und Aufgaben des Staates, Verfassungsprinzipien, Parlamentarismus, Parteien, Sozialpartnerschaft
- Grundzüge der Gesetzgebung und Vollziehung
- Wahlrecht, Möglichkeit und Formen der Partizipation

9. Internationale Entwicklungen nach 1945

- Historische, politische und rechtliche Entwicklung Europas nach 1945 bis heute
- Struktur und Funktionsweise der Europäischen Union
- Europäische Verträge
- Internationale Organisationen

2.2 Kompetenzorientierte Aufgabenstellungen

2.2.1 Operatoren

Die Formulierung von klaren und unmissverständlichen Aufgabenstellungen beruht auf der Verwendung von sogenannten Operatoren; diese sind Verben, die ausdrücken, mit welcher Handlung eine Aufgabe gelöst werden muss. Folglich ist es empfehlenswert, diese Operatoren, sprich Handlungen, bereits im Zuge des Unterrichtsgeschehens mit den SchülerInnen zu erarbeiten und zu trainieren, damit ein Verständnis über die Bedeutung dieser Operatoren zwischen Lehrkraft und SchülerInnen geschaffen werden kann. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass die Operatoren unterschiedlicher Anforderungen bedürfen und deshalb in drei Anforderungsbereiche eingeteilt wurden.

Trotz der unterschiedlichen Schwierigkeitsstufen und Anforderungsniveaus gilt es die SchülerInnen von Anfang an mit allen Ebenen vertraut zu machen und diese auf allen drei Niveaus zu schulen. Diesbezüglich bieten sich „Offenes Lernen“ und „COOL“ als Lernform an.

Die in der Folge angeführten Operatoren stellen nur eine Auswahl dar, die erweitert und angepasst werden kann

AB	Operator (unterlegt sind besonders häufige Operatoren)	Erklärung	Beispiel
I	nennen, benennen	Informationen aus vorgegebenem Material entnehmen oder Kenntnisse ohne Materialvorgabe anführen.	Nennen der Inhalte der Rechtsgrundlagen
	ermitteln, herausarbeiten	Informationen und Sachverhalte unter bestimmten Gesichtspunkten aus vorgegebenem Material entnehmen, wiedergeben und/ oder gegebenenfalls berechnen.	Erarbeiten entscheidungsrelevanter Sachverhalte; kann in einer Argumentation politische „Vorausurteile“ und „politische Vorurteile“ erkennen.
	beschreiben, wiedergeben	Wesentliche Informationen aus vorgegebenem Material oder aus Kenntnissen zusammenhängend und schlüssig wiedergeben.	Wiedergeben aktueller gesellschaftspolitischer Themen; kann Plebiszit und Referendum in ihren Unterschieden beschreiben.
	darstellen	Sachverhalte und Vorgänge mit ihren typischen Merkmalen beschreiben und in ihren Grundzügen bestimmen.	Darstellung demokratiepolitischer Entwicklungen und Zusammenhänge
II	erstellen	Sachverhalte inhaltlich und methodisch angemessen grafisch darstellen und mit fachsprachlichen Begriffen beschriften (z. B. Fließschema, Diagramm, Mind Map, Wirkungsgefüge)	Lösungsvorschlägen erstellen und darstellen
	Kennzeichnen	Strukturen und Zusammenhänge beschreiben und verdeutlichen.	Rechtliche Zusammenhänge kennzeichnen und verdeutlichen
	analysieren	Materialien oder Sachverhalte systematisch und gezielt untersuchen und auswerten.	Analysieren von Verfahrensschritten
	ein-, zuordnen	Sachverhalte, Vorgänge begründet in einen vorgegebenen Zusammenhang stellen.	Themen und Sachverhalte den verschiedenen Rechtsbereichen zuordnen
	begründen	Komplexe Grundgedanken argumentativ schlüssig entwickeln und im Zusammenhang darstellen.	Lösungsansätze schlüssig begründen; kann begründet zu der Frage Stellung nehmen, ob die direkte Demokratie in Österreich ähnlich wie in der Schweiz ausgebaut werden soll.

	erklären	Informationen durch eigenes Wissen und eigene Einsichten begründet in einen Zusammenhang stellen (z. B. Theorie, Modell, Gesetz, Regel, Funktionszusammenhang).	Verfahren erklären; kann (anhand einer Skizze oder eines Textes) die direkte Demokratie erklären.
	erläutern	Sachverhalte im Zusammenhang beschreiben und anschaulich mit Beispielen oder Belegen erklären.	Verfahrensschritte erläutern und anhand von Beispielen erklären
	vergleichen	Gemeinsamkeiten und Unterschiede gewichtend einander gegenüberstellen und ein Ergebnis formulieren.	Behördenzuständigkeiten vergleichen und im Kontext zu den Verwaltungsgerichten stellen
III	überprüfen	Vorgegebene Aussagen bzw. Behauptungen an konkreten Sachverhalten und innerer Stimmigkeit messen.	Entscheidungen und Urteile auf deren Auswirkungen für die Betroffenen überprüfen
	beurteilen	Aussagen, Behauptungen, Vorschläge oder Maßnahmen im Zusammenhang auf ihre Stichhaltigkeit bzw. Angemessenheit prüfen und dabei die angewandten Kriterien nennen.	Eine realistische Beurteilung der Durchsetzbarkeit von Rechtsansprüchen
	bewerten	Aussagen, Behauptungen, Vorschläge oder Maßnahmen beurteilen, eine Stellungnahme abgeben und dabei die eigenen Wertmaßstäbe offen legen.	Bewertung von Aussicht und Chancen in einem Behördenverfahren
	erörtern, diskutieren	Zu einer vorgegebenen Problemstellung durch Abwägen von Für- und Wider-Argumenten ein begründetes Urteil fällen.	Diskutieren von möglichen Veränderungspotenzialen in der Gesetzgebung Ich kann unter Heranziehung von §58 SchUG in Stichworten eine kurze Rede konzipieren, in dem ich meine MitschülerInnen zu mehr Engagement in der Schuldemokratie aufrufe.

2.2.2 Möglicher Aufbau der Aufgabenstellung

- a. Themenbereiche
- b. Einleitung
- c. Teilaufgaben
- d. Materialien

ad a) Themenbereich:

- Es soll der Themenbereich angegeben werden, dem die Aufgabenstellung zugeordnet wird.
- Ein und dieselbe Aufgabenstellung darf nur einem Themenbereich zugeordnet werden.

ad b) Einleitung:

- Es soll ein kurzer Eingangstext formuliert werden, der das Thema der Aufgabenstellung umreißt. Darüber hinaus ist ein realistischer Lebensweltbezug für die Schülerin und den Schüler wünschenswert.

ad c) Teilaufgaben:

- Die Aufgabenstellungen müssen lehrplankonform sein, d.h. die in der Bildungs- und Lehraufgabe formulierten Lernziele abdecken. Die im Lehrstoff angegebenen Inhalte stellen lediglich einen Rahmen dar.
- Die Teilaufgaben müssen den einzelnen Anforderungsebenen zugeordnet werden können, wobei jedes Anforderungsniveau (I-III) abgedeckt werden muss.
- Es wird empfohlen, drei bis vier Teilaufgaben mit ansteigendem Anforderungsniveau zu formulieren, wobei die Vorbereitungs- und Prüfungszeit zu berücksichtigen sind.
- Die Operatoren der Anforderungsniveaus sollen explizit in der Aufgabenstellung angeführt werden (keine W-Fragen).
- Bei Aufgabenstellungen im Anforderungsbereich I (Wiedergabe von Gelerntem) ist die Anzahl der aufzuzählenden Inhalte konkret anzugeben (z.B. Nennen Sie 4 Gründe für Desertifikation.).
- Klare und unmissverständliche Formulierungen sind anzustreben und Mehrdeutigkeiten und Wertungen sind zu vermeiden (Verzichten Sie daher auf Formulierungen wie: Nennen Sie die wichtigsten Begriffe zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.).

ad d) Materialien:

- Die gute Lesbarkeit muss gewährleistet sein (adäquate Schriftgröße bei Diagrammen, ansprechende optische Gestaltung;).
- Die genaue Angabe der Quellen ist erforderlich (gemäß Zitierregeln).

- Die Materialien müssen einen klaren Bezug zur Aufgabenstellung haben.
- Die Anzahl und der Umfang der Materialien müssen die Vorbereitungs- und Prüfungszeit berücksichtigen.
- Es wird empfohlen, jeder Aufgabenstellung maximal drei Materialien beizulegen.

2.4 Aufgabenstellungen Beispiel

Themenbereich 1 : Grund-, Freiheitsrechte, Menschenrechte

Situations- und Problembeschreibung:

aktueller Fall Zeitungsbeilage und/oder Auszug aus dem Wahlprogramm mind. 2 er Parteien

Aufgabenstellung:

Beschreiben Sie anhand der vorliegenden Texte die Positionen der beiden politischen Parteien zum Thema Asyl- und Fremdenrecht.

Vergleichen und analysieren Sie diese Positionen und treffen Sie Aussagen über den Zusammenhang dieser Textpassagen mit der allgemeinen Ausrichtung der jeweiligen politischen Partei.

Verorten Sie die beiden Parteien im so genannten „Links – rechts – Schema“ und argumentieren Sie Ihre Ausführungen.